

Sozial-Oekologische-Liste Wendland (SOLI) im Kreistag Lüchow-Dannenberg

17.9.14

Der Kreistag beschließt:

**Flüchtlingen helfen: schnell, unbürokratisch, sozial und finanziell –
Kommunen angemessen ausstatten und vorbereiten anstatt überfordern!**

Immer mehr Kriege führen zu massenhaften Fluchten von betroffenen Menschen aus ihren Heimatländern. Deutschland nimmt zwar Flüchtlinge auf, ist aber in vielen Fällen unvorbereitet auf die Anforderungen bzgl. Unterbringung und Betreuung.

Letztlich bleiben viele Probleme den Kommunen überlassen, die ohne die entsprechenden Ressourcen innerhalb von Tagen handeln müssen.

Dabei fehlt auch oft die Möglichkeit, die einheimische Bevölkerung angemessen vorzubereiten auf die Ankommenden, was dann zu Widerstandaktionen führt.

Hinzu kommen absurde Szenarien, etwa dass in Lüneburg für die Nutzung unbelegter Kasernengebäude von Bundeseite horrende Mietforderungen gestellt werden.

Zwar gibt es Zahlungen der Bundesebene, aber häufig verzögert und nicht im notwendigen Umfang für eine menschen- und sachgerechte Aufnahme.

Viele Menschen engagieren sich selbstlos für die Ankommenden. Untragbar ist aber die Tatsache, dass in viel zu großem Umfang Betreuungsleistungen in den ehrenamtlichen Bereich weggedrückt werden sollen, um unzureichend ausgestattete Ämter, Behörden, Verwaltungen etc. zu entlasten.

Ländliche Räume sind für Massenunterkünfte ungeeignet. Weder ist die Infrastruktur darauf ausgelegt, noch eine personelle Betreuung gewährleistet. Zudem entstünde ein absolutes Missverhältnis zwischen der Bevölkerungszahl und Flüchtlingen. Eine durch Wachdienste „gesicherte“ kasernierte Unterbringung bei angekündigter hoher Fluktuation ist nicht menschengerecht.

Der Kreistag Lüchow-Dannenberg fordert deshalb von Bundes- und Landesebene:

- keine Einrichtung von Massenunterkünften für Flüchtlinge in Lüchow-Dannenberg
- Unterbringung der ankommenden Flüchtlinge in entsprechenden Wohnungen nebst Inventar
- Sofortige angemessene Betreuung und Sicherstellung sprachlicher, medizinischer, sozialer und kultureller Begleitung, die mit angemessener Aufwandentschädigungen versehen wird
- Sicherstellung von Schul- und Kitabesuch etc. mit begleitender Betreuung
- Sicherstellung von Fahrtkosten für die Mobilität zur Deckung der Grundversorgung
- Sofortige Schaffung von Grundlagen einer Kontoführung und von Sprachunterricht für alle
- Sicherstellung rechtzeitiger finanzieller und personeller Ausstattung der Kommunen und der von ihnen beauftragten Dritten seitens Bund und Land

Der Kreistag beauftragt die Verwaltung zu versuchen, andere Kommunen hinter diesen Beschluss zu bringen.

Adressaten:

Bundes- und Landesregierung, Bundestags- und Landtagsparteien, DPA, HAZ, EJZ, GA, Volksstimme, Hamburger Abendblatt